



MALAYSIA

Seit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel in den frühen siebziger Jahren hat Malaysia kontinuierlich ein robustes Wirtschaftswachstum aufzuweisen. Die Währungs- und Finanzkrise von 1997 („Asienkrise“) hat das Land mit einer unorthodoxen, explizit gegen die Empfehlungen internationaler Finanzinstitutionen gerichteten Krisenstrategie erstaunlich rasch überwunden. Seit den ethnischen Unruhen nach den Parlamentswahlen von 1969 gilt Malaysia trotz einer komplexen ethnischen und religiösen Struktur als ein Beispiel für friedliches interethnisches Konfliktmanagement. Darüber hinaus hat die malaysische Regierung in den letzten eineinhalb Jahrzehnten einen bedeutenden Beitrag zur Diskussion über „asiatischen Werte“, Islam und Demokratie geleistet. Nicht zu Unrecht ist ihr von Kritikern vorgeworfen worden, mit dem Verweis auf die Unvereinbarkeit von liberaler Demokratie und asiatischen Werten in erster Linie den Herrschaftsanspruch der seit mehr als fünfzig Jahren regierenden United Malays National Organisation (UMNO) verteidigen zu wollen.

Status Index	6,36	Rang 42
Status Politik	5,33	Rang 74
Status Wirtschaft	7,39	Rang 21
 gemäßigte Autokratie	 leistungsfähige Marktwirtschaft	
Management Index	5,52	Rang 49
Die dargestellten Bewertungen des BTI 2008 entsprechen dem Erhebungsstand vom Frühjahr 2007. Die Bewertungsskala reicht von 1 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert).		

Tatsächlich war in Malaysia seit den 80er Jahren eine stetige Erosion demokratischer und verfassungsstaatlicher Verfahren und Rechte zu konstatieren. Eine in den 90er Jahren gegründete Reformbewegung („Reformasi“) aus malaiischen Parteien des politischen Islam und chinesisch dominierten Parteien war wenig Erfolg beschieden, zumal die Regierung ihren Einfluss auf Verwaltung, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften dazu genutzt hat, ihre Kritiker zu margi-

nalisieren. Allerdings stößt diese Politik, nicht zuletzt aufgrund von Abnutzungerscheinungen in der regierenden Mehrparteienkoalition *Barisan Nasional* („Nationale Front“, BN) sowie der sie führenden UMNO, an Grenzen. Dies wurde bei den Parlamentswahlen vom März 2008 deutlich. BN und UMNO erlitten die größte Wahlniederlage seit 1969. Der Verlust ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament sowie die Regierungsübernahme in fünf Bundesstaaten durch die Opposition waren die Folge.

Der Erfolg des Oppositionsbündnisses bei den jüngsten Wahlen kann nicht überdecken, dass jene Konfliktlinien, welche die malaysische Gesellschaft durchziehen, auch das Oppositionslager spalten. Zu nennen ist erstens der seit Gründung des Landes 1957 schwelende Konflikt zwischen den drei großen ethnischen Gruppen der Malaien oder Bumiputera („Söhne des Landes“), zugewanderten Chinesen und Indern. Der zweite Konflikt ist jüngerer Datums, hat aber in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen: die Auseinandersetzung zwischen islamistischen Organisationen auf der einen Seite und moderat-islamischen sowie nicht-konfessionellen Parteien auf der anderen.

Während also die politische Stabilität der „sanften“ Diktatur Malaysias zunehmend bedroht scheint, ist die ökonomische Entwicklung ungebrochen positiv. Hiervon zeugen ein hohes Wirtschaftswachstum, eine geringe öffentliche Neuverschuldung und nahezu Vollbeschäftigung. Dabei profitiert die malaysische Wirtschaft von gesicherten Eigentumsrechten, guten Investitionsbedingungen, einem relativ hohen sozioökonomischen Entwicklungsstand, geringer Inflation und einem gut entwickelten Bildungssystem. Probleme ergeben sich teilweise aus wettbewerbsverzerrenden Marktregeln und einer übermäßigen Bürokratisierung der Wirtschaft.

Gemessen am Grad der sozioökonomischen Entwicklung, der Gesundheits- und Bildungsniveaus und der Infrastruktur waren die Ausgangsbedingungen für eine zielgerichtete und effektive politische Steuerung in den letzten Jah-

ren vorteilhaft. So ist es der Regierung auch dank ihrer Kontrolle über nahezu alle staatlichen Institutionen gelungen, langfristige Entwicklungsziele konsequent zu verfolgen. Jedoch leidet der effiziente Einsatz von Ressourcen unter verschiedenen Formen der ethnischen Diskriminierung und der politischen Einflussnahme. Zudem bedrohen die potenzielle Sprengkraft ethnischer Konflikte und die Radikalisierung des politischen Islam den Handlungsspielraum für politisches Management.

KERNASPEKTE DER POLITISCHEN TRANSFORMATION

Staatlichkeit

Das staatliche Gewaltmonopol ist fest etabliert und die malaysische Verwaltung ist ausdifferenziert und kann sich auf gut ausgebildete Beamte stützen. Eine radikale Minderheit fordert die Errichtung eines islamischen Staats und erkennt deshalb die derzeitige Ordnung und das staatliche Gewaltmonopol nicht an.

Wahlsystem

Seit der Staatsgründung 1957 finden regelmäßig Wahlen statt, an denen auch die Nachfahren der während der britischen Herrschaft eingewanderten Chinesen und Inder teilnehmen können. Diese Wahlen sind frei, aber nicht fair, da Nationale Front und UMNO durch repressive Gesetze, Manipulation der Wahlkreiseinteilung, Kontrolle der Medien und den Missbrauch öffentlicher Ressourcen einen politischen Wettbewerb verhindert, der ihr Herrschaftsmonopol gefährden könnte.

Gewaltenteilung

Da das Parlament die von der Regierung getroffenen Entscheidungen lediglich bestätigt und alternative Partizipations- oder Einflusskanäle fehlen, dominiert die Exekutive die Gesetzgebung. Die Justiz unterliegt mannigfaltiger politischer Einflussnahme, und auch die zentralstaatliche Verwaltung wird von den Regierungspartei-

en dominiert. Rechtsstaatliche Prinzipien finden nur insoweit Beachtung, als sie nicht den Handlungsspielraum der Regierung beschneiden oder herrschaftssensible Bereiche berühren.

Stabilität politischer Institutionen

Das Koalitionssystem ist trotz der Dominanz der malaiischen UMNO und der Marginalisierung nicht-malaiischer politischer Parteien stabil. Staatliche Schlüsselinstitutionen wie Militär, Polizei, Justiz und Verwaltung sind in die etablierten Herrschaftsstrukturen integriert. Die Überrepräsentation der Malaien in Staat und Politik ist seit Jahrzehnten fester Bestandteil der Regierungspolitik. Sie hat in der Vergangenheit die Akzeptanz der existierenden politischen Institutionen auf malaiischer Seite gefördert.

KERNASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION

Marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung

Malaysias Wirtschaftsordnung verfügt über ein solides institutionelles Fundament. Wettbewerbsregeln können jedoch von Einzelpersonen mit guten politischen Verbindungen umgangen werden. Öffentliche Unternehmen genießen Steuervorteile. Eine effektive Antimonpolgesetzgebung ist nicht in Kraft. Trotzdem funktioniert der Wettbewerb in den meisten Markt Bereichen. Die Reform des Finanz- und Kreditsektors sowie die Konsolidierung des Bankensystems haben seit der Finanzkrise von 1997 deutliche Fortschritte gemacht. Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der malaysischen Wirtschaft ergeben sich jedoch aus einem hohen Maß an Bürokratisierung und einer ineffektiven Wirtschaftsverwaltung.

Preis- und Währungsstabilität

Die Währungs- und Preispolitik der letzten Jahre war erfolgreich, und die Inflation konnte auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. Seit der 2005 erfolgten Lösung vom Dollar hat der Ringgit deutlich an Wert gewonnen. Mit Abstrichen verfolgt die Regierung grundsätzlich einen Kurs der

Haushaltskonsolidierung und der ökonomisch nachhaltigen Entwicklung. In Kombination mit höheren Einnahmen aus Steuererträgen, Exportzöllen und Investitionserlösen ist es bis 2005 gelungen, das öffentliche Haushaltsdefizit auf 3,8 Prozent und die Gesamtschuld auf 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren.

Gleichbehandlung

Auch wenn sozialstaatliche Institutionen nur rudimentär bestehen, ist die soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut und fehlender Bildungschancen insgesamt relativ gering. Allerdings sind Frauen erheblichen Einschränkungen im Zugang zu Ausbildung und öffentlichen Dienstleistungen ausgesetzt. Der Staat hält zudem an der besonderen Förderung der malaiischen Mehrheitsbevölkerung fest, beispielsweise durch Quoten für den Zugang zu staatlichen Universitäten, bei der Zulassung für bestimmte Berufe und der Erteilung von Gewerbeerlaubnissen. Darüber hinaus werden Nicht-Malaien in staatlichen Institutionen wie dem Militär oder der Verwaltung benachteiligt.

KERNASPEKTE DER REGIERUNGSQUALITÄT

Konfliktintensität

Die Spielräume guten Regierungshandelns werden durch die wachsende Bedeutung ethnischer und religiöser Konfliktlinien begrenzt. Zum einen ist der Prozess der Konsensfindung innerhalb der aus 14 Parteien bestehenden Regierungskoalition aufwändig, da die Bedürfnisse verschiedener ethnischer Gruppen berücksichtigt müssen. Zum anderen verstärkt sich der Trend zur „Islamisierung“ von Politik und Gesellschaft, etwa durch Einführung der Scharia. Schließlich mehrten sich Forderungen, die malaiische Bevölkerungsmehrheit noch stärker als bislang zu fördern, was Widerstand unter den Nicht-Malaien hervorruft, die weitere Diskriminierungen fürchten.

Ressourceneffizienz

Insgesamt werden die vorhandenen ökonomischen und menschlichen Ressourcen zielgerichtet eingesetzt. Allerdings schränkt das Festhalten an der ethnischen Diskriminierungspolitik die Effizienz von Wirtschaft und Verwaltung ein. Die Korruption ist weitgehend unter Kontrolle, die Vergabe von großen öffentlichen Investitionsaufträgen verläuft jedoch häufig intransparent und unter politischer Einflussnahme.

Konsensbildung

Im Regierungslager besteht Konsens über die Fortführung des bisherigen Kurses der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung ohne grundsätzliche politische Transformation hin zu einem „westlichen“ Demokratiemodell. Allerdings lehnt eine zunehmend stärker werdende Minderheit radikaler Islamisten die bestehende Staats- und Wirtschaftsordnung ab und fordert die Errichtung eines islamischen Staates. In den letzten Jahren hat sich zudem der ethnisch-religiöse Graben in der Gesellschaft vertieft. Versuche, eine übergeordnete nationale Identität zu schaffen, sind am Widerstand der Vertreter ethnischer Gruppen gescheitert, die darin eine Bedrohung ihrer kulturellen Identität befürchten. Da keinerlei Anzeichen zu erkennen sind, dass die Politik von einer ökonomischen Bevorzugung der Malaien abrücken wird, ist zu befürchten, dass sich die ethnischen Konflikte in nächster Zeit verschärfen werden.

Das ausführliche englischsprachige Ländergutachten des BTI 2008 finden Sie unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/128.0.html>.

Mehr Informationen zum aktuellen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung unter www.bertelsmann-transformation-index.de.